



April 2007

**Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung**

- **Ölschlacht zwischen alten und neuen Großmächten in Zentralasien** Seite 2
- **Gewinner und Verlierer des Klimawandels** Seite 2
- **IWF sorgt sich um Stabilität der globalen Finanzmärkte** Seite 3
- **Öffentlicher Transportsektor benötigt Privatkapital** Seite 3
- **USA droht Terror aus eigenem Hinterhof** Seite 4
- **Sieben Jahre nach dem UN Global Compact: Testfall Indien** Seite 4

In eigener Sache:

Am 2. Mai startet die Atlantische Initiative ihr neues Projekt "Atlantic Community - The Open Think Tank on Global Issues". Bislang existiert kein organisierter und gebündelter internet-basierter Dialog in einem transatlantischen Zusammenhang – Atlantic-Community.org will diese Lücke schließen. Auf der täglich aktualisierten, englischsprachigen und interaktiven Kommunikationsplattform werden die wichtigsten Herausforderungen der transatlantischen Beziehungen von heutigen und künftigen Meinungs- und Entscheidungsträgern diskutiert.

Es ist unser Ziel, die besten Argumente der Online-Debatten in Form von Memoranden zusammenzufassen und Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Durch kollektive Intelligenz, die von unserer Redaktion gebündelt wird, entsteht eine neue Form der Partizipation von interessierten Bürgern, bis hin zur direkten Einflussnahme. Wir danken der Bundesregierung für die Startfinanzierung!

Bitte lassen Sie sich unter [www.atlantic-community.org](http://www.atlantic-community.org) kostenlos registrieren und debattieren Sie mit politischen Entscheidungsträgern, Journalisten und Experten die wichtigsten transatlantischen Herausforderungen.

ATLANTIC COMMUNITY



Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung einer Strategic Community in Deutschland leisten. Dieser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Sie beruhen auf Zusammenfassungen, die wir täglich auf unserer Internetseite anbieten: [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org)

Ein Service der  
Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67  
10117 Berlin  
Germany

Tel: +49.30.206 337 88  
Fax: +49.30.206 337 90

[www.atlantische-initiative.org](http://www.atlantische-initiative.org)  
[info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)

**Vorstand**

Dr. Johannes Bohnen  
Jan-Friedrich Kallmorgen

**Beirat**

Dr. Rudolf Adam  
Dr. Ronald D. Asmus  
Prof. Dr. Arnulf Baring  
Dr. Christoph Bertram  
Carl-Eduard von Bismarck  
Dr. Philip v. Boehm-Bezing  
Jüßen Chrobog  
Thomas L. Farmer  
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger  
Dr. Jeffrey Gedmin  
Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg  
Prof. Dr. Helga Haftendorn  
John C. Hulsman  
Dr. Michael J. Inacker  
Dr. Jackson Janes  
Marvin Kalb  
Dr. Walther Leisler Kiep  
Eckart von Klaeden  
Hans-Ulrich Klose  
John Kornblum  
Dr. Charles Kupchan  
Alexander Graf Lambsdorff  
Prof. Dr. Kurt J. Lauk  
Dr. Beate Lindemann  
Heike MacKerron  
Dr. Norbert Otten  
Cem Ödemir  
Ruprecht Polenz  
Avi Primor  
Prof. Dr. E. Sandschneider  
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik  
Karsten D. Voigt

**Bankverbindung**

Atlantische Initiative e. V.  
Bankhaus LÖBBECKE AG  
Bankleitzahl: 100 30 500  
Kontonummer: 12 57 95 00

**Registergericht**

Amtsgericht Berlin Charlottenburg  
Registernummer: VR 23583Nz  
UST-IDNR: 27/660/59701

## Ölschlacht zwischen alten und neuen Großmächten in Zentralasien

Fred Weir, Big powers jockey for oil in Central Asia, *The Christian Science Monitor*, 28.03.2007

Die Europäische Union hat kürzlich den „Energiedialog“ mit Zentralasien zu einem ihrer wichtigsten außenpolitischen Ziele erklärt. Dahinter steckt das Bemühen, Europa aus der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu befreien. Bisher ist das zentralasiatische Pipelinegeflecht fast ausschließlich in russischer Hand. Etwa 5% der globalen Energiereserven laufen durch Pipelines in dieser Region. Wer sie kontrolliert, bestimmt auch die Bedingungen, zu denen an andere geliefert wird. Bislang ist das Moskau.

Alte wie neue Großmächte aber sind längst vor Ort, um sich ein möglichst großes Stück vom Kuchen zu sichern. Neben den USA, China, Frankreich und Indien sind die fünf postsowjetischen Staaten Zentralasiens involviert (Tadschikistan, Kirgisistan, Usbekistan, Turkmenistan und Kasachstan). Sie nutzen die Rivalitäten zwischen den Großen und spielen sie gegeneinander aus. Dadurch bekommen die lokalen Scharmützel und politischen Kleinkriege in der Region eine internationale Dimension: autoritäre Staatschefs, radikalislamistische Bewegungen und florierender Drogenhandel.

Die USA unterstützen den Bau der 4 Mrd. US-Dollar teuren Baku-Ceyhan-Pipeline, die kaspisches Öl Richtung Westen transportiert – ohne russische Beteiligung. Kasachstan wurde bereits von Washington aufgefordert, sich von russischem Einfluss zu lösen und sich am Baku-Ceyhan-Netzwerk zu beteiligen. Den Chinesen gelang es, eine bedeutende kasachische Ölfirma aufzukaufen. Seit 2005 fließt nun Rohöl aus Kasachstan durch eine 1.000 Meilen lange Pipeline nach China. Angeblich soll diese bis 2011 Richtung Westen ausgebaut werden, um anschließend kaspisches Öl nach Osten zu pumpen.

Radikalislamistische Bewegungen nutzen das politische und soziale Vakuum, das die schwachen und oft despotischen Regierungen der postsowjetischen Staaten in der Gesellschaft hinterlassen. Sie haben großen Zulauf. Hinzu kommt, dass der Drogenhandel in der Region ungestört wächst. Einer inoffiziellen Studie zufolge besteht ein Drittel der lokalen Wirtschaftsaktivitäten aus Drogenhandel. Einige Experten sehen die Gefahr, dass Drogenbarone und militante Islamistenführer gemeinsame Sache machen, um die autoritären Staatsstrukturen zu bekämpfen. Die US-Regierung hat seit einiger Zeit deutlich Abstand von ihren Demokratisierungsforderungen genommen. Im vergangenen Jahr sorgte Vize-Präsident Cheney für Kopfschütteln unter Menschenrechtlern, als er den kasachischen Präsidenten Nasarbajew einen guten Freund nannte und die Fortschritte im Land lobte. Washington scheint damit vor allem, ebenso wie durch die Annäherung an den tadschikischen Präsidenten Rachmonow und das Lob für demokratische Fortschritte im autoritären Turkmenistan, seine Position gegenüber Moskau stärken zu wollen. [Mehr...](#)

## Gewinner und Verlierer des Klimawandels

Gregg Easterbrook, Global Warming: Who Loses – And Who Wins? *The Atlantic Monthly*, April 2007

Vergangenen Oktober warnte eine Studie der Stern-Report, der Klimawandel könnte der Weltwirtschaft Einbußen von bis zu 20% beschern (siehe [Global Must Reads Oktober 2006](#)). Gregg Easterbrook von Brookings zeigt nun beide Seiten der Medaille und sieht nicht nur Verlierer, sondern auch Gewinner des bevorstehenden Klimawandels: Die Erderwärmung kann gewaltige Verschiebungen von Macht und Wohlstand auslösen – neue Verteilungskonflikte eingeschlossen. Vier überraschende Beobachtungen:

1. *Land und Boden*: Russland gehört vermutlich zu den größten Nutznießern des Klimawandels. Ein „mildes Sibirien“ brächte das Land in den Besitz der größten unverbrauchten und kultivierbaren Landmassen, seit Europäer die Küsten Amerikas entdeckten. Sibirien beherbergt zudem bisher unentdeckte Bodenschätze, darunter fossile Brennstoffe und Mineralressourcen.
2. *Der Fall Antarktis*: Kein Staat interessierte sich bisher für die Region, weshalb auch niemand nationale Gebietsansprüche stellte. Unter dem meterdicken Eis aber wird mehr als ein Viertel der globalen Energiereserven vermutet. Sie galten bisher als unerreichbar oder aber ihre Erschließung als zu teuer.

Steigende Energiepreise und schmelzende Eismassen ändern diese Einschätzung und wecken neue Begehrlichkeiten unter den Anrainerstaaten. Der Streit ist quasi vorprogrammiert (siehe [The Power and Interest News Report](#) vom 21.08.2006).

3. *Kaltes Europa*: Sollte der Nordatlantikstrom an Kraft verlieren, wofür es zahlreiche Hinweise gibt, könnten die Temperaturen in Europa trotz der Erderwärmung deutlich fallen. Große Teile Europas bekämen dann ein Klima wie Neufundland. Mögliche Folgen wären verstärkter Bevölkerungsschwund und eine globale Rezession, schließlich entspricht der europäische Anteil an der Weltwirtschaft in etwa dem der USA.
4. *Investments*: Sobald finanzielle Anreize für die Entwicklung treibhausgasreduzierender Technologien geschaffen worden sind, wird es zu Investitionen in hitzeresistente Pflanzen und Getreidesorten, leicht zu klimatisierende Häuser und Gebäude, sparsame Fahrzeuge, Schutzwälle gegen Wassermassen und starke Winde kommen. [Mehr...](#)

### **IWF sorgt sich um Stabilität der globalen Finanzmärkte**

Global Financial Stability Report, *Internationaler Währungsfonds*, April 2007

Die Risiken für die Stabilität des internationalen Finanzsystems sind in den letzten sechs Monaten gewachsen, trotz einer insgesamt günstigen Konjunktorentwicklung. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Global Financial Stability Report des Internationalen Währungsfonds (IWF). Ein positiver Trend der Weltwirtschaft sowie ein teilweise starker Aufschwung in der Eurozone und in den Schwellenländern, angeführt von China und Indien, bilden die solide Basis für globale wirtschaftliche Stabilität. Doch diese ist durch folgende Risikofaktoren gefährdet:

1. Die größte Gefahr liegt im unerwartet schnellen Verfall des Subprime-Marktes für US-Hypothekenkredite (von Krediten an Hauseigentümer mit schlechter Bonität). Die Krise des sich abkühlenden US-Häusermarkts könnte aufgrund des starken Anstiegs von Hypothekendarlehen in den vergangenen Jahren leicht auf andere Märkte übergreifen.
2. Auch die steigende Zahl fremdfinanzierter Firmenübernahmen gibt Anlass zur Sorge. Der IWF kritisiert die hohe Risikobereitschaft von Investoren, die die Marktvolatilität immer mehr als langfristige Erscheinung betrachten und die Gefahren von innovativen, komplexen Finanzprodukten unterschätzen. Der Zusammenbruch eines oder mehrerer Großabschlüsse könnte bei den Banken zu erheblichen Verlusten und zu einer Neubewertung der Risiken einer breiten Palette von Kreditprodukten führen.
3. Die stark gestiegenen Kapitalflüsse in die Schwellenländer sind ebenfalls ein Risiko für die globalen Finanzmärkte. Besonders Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten könnten bei einem Versiegen oder gar einer Umkehr der Finanzströme wirtschaftlich zusammenbrechen.

Der IWF weist darauf hin, dass keines der oben genannten Risiken allein eine direkte Bedrohung für die Stabilität der globalen Finanzmärkte darstellt. Dennoch warnt er vor geringerer Kreditdisziplin. Sollte es zu einem „Volatilitätsschock“ kommen, könnten die hohe Verschuldung der Marktteilnehmer und ihre Unsicherheit über die Auswirkungen für innovative, komplexe Finanzprodukte die Krise deutlich verschärfen. [Mehr...](#)

### **Öffentlicher Transportsektor benötigt Privatkapital**

Benjamin Cheatham and Waler Oblin, Private-investment opportunities for public transport, *The McKinsey Quarterly*, April 2007

Weltweit ziehen sich die Staaten immer stärker aus der Finanzierung des öffentlichen Transportsektors zurück. Damit ist dieser zunehmend auf privates Kapital angewiesen, ob für neue Straßen und Brücken in Deutschland, den Ausbau von Häfen in Osteuropa oder die Erweiterung der städtischen Beförderungssysteme in Asien. Auf über 350 Mrd. US-Dollar schätzt McKinsey den Bedarf allein zwischen 2005 und 2010. Die höchsten Investitionen benötigen Eisenbahnprojekte und der Bau neuer Straßen, zusammen etwa 92% der gesamten Summe. Häfen und Flughäfen nehmen sich eher bescheiden aus, weil

sie zum Großteil bereits privatisiert sind und daher nicht mehr aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden müssen.

Die Regierungen haben gute Gründe, auf private Investitionen zu setzen: Erstens beschleunigt dies die Reform des öffentlichen Sektors, zweitens sparen sie öffentliche Gelder und drittens schaffen sie zusätzliche finanzielle Kapazitäten außerhalb der Etats. Die Investoren, in erster Linie Banken, Pensionsfonds und Private Equity-Fonds, werden angezogen von einer Kombination aus Wachstumsphantasie und Investition in eine Anlagemöglichkeit, die nicht mit anderen staatlichen Anlageformen korreliert. Doch Vorsicht ist geboten: In den letzten Jahren ist der Anteil der erfolgreich abgeschlossenen Projekte im öffentlichen Transportwesen stetig zurückgegangen.

Laut McKinsey sind diejenigen Märkte am attraktivsten für Investoren, die sowohl ein großes Portfolio an durchführbaren Projekten als auch die Voraussetzungen für Private Public Partnerships bieten (u.a. klare Vorstellungen, eine effektive Regierungsführung und verlässliche Institutionen). Hier werden in erster Linie Australien, Südkorea, Großbritannien und die USA genannt. China und Indien bieten ebenfalls attraktive Märkte, bergen allerdings auch Risiken. Abgeraten wir von Investitionen in Brasilien, Russland oder Thailand. [Mehr...](#)

### **USA droht Terror aus eigenem Hinterhof**

Adam Elkus, Gangs, Terrorists, and Trade, *Foreign Policy in Focus*, Policy Report, 12.04.2007

Al-Qaida ist den US-Bürgern inzwischen ein Begriff, im Gegensatz zu Mara Salvatrucha, auch bekannt als MS-13. Diese ursprünglich aus Lateinamerika stammende Gang verbreitet zunehmend Terror in zahlreichen US-Städten. In Nordamerika zählt sie angeblich bereits 20.000 Mitglieder.

Die so genannten Maras gingen aus den zentralamerikanischen Bürgerkriegen der 1980er Jahre hervor. Ihre geschätzten 70.000 Mitglieder sind ähnlich wie Al-Qaida in voneinander unabhängigen Zellen organisiert, die zusammen ein breites transnationales Netzwerk bilden. Sie sind schwer bewaffnet und setzen inzwischen einzelne zentral- und südamerikanische Regierungen ernsthaft unter Druck. In El Salvador zum Beispiel zeichnen Gangs für etwa 60% der Morde verantwortlich. In den USA haben die Maras damit begonnen, eine nationale Kommandohierarchie aufzubauen. Die wachsenden Kader und zunehmende Attacken gegen Gesetzeshüter stellen die USA vor ernsthafte Probleme. Das FBI hat bereits reagiert, doch das eigentliche Problem liegt hinter den Grenzen.

Aufgrund der strengeren Immigrationspolitik der letzten Jahre schickten die US-Behörden zahlreiche Maras-Mitglieder zurück in ihre Heimatländer. Dort begannen sie, lokale Gangstrukturen zu zerschlagen und die Kontrolle über einige zentralamerikanische Städte zu übernehmen. Nun fürchtet man vielerorts, die Maras könnten sich eine politische Identität zulegen und damit den Sprung von einer rein kriminellen zu einer voll funktionsfähigen, bewaffneten politischen Bewegung schaffen. Das Ziel: der Kampf gegen die Staatsmacht.

Den Verantwortlichen in Washington mangelt es angesichts dringenderer Probleme – Stichwort Irak – an Aufmerksamkeit für Gefahren, die im eigenen Hinterhof lauern. Die bisherigen Befriedungsversuche haben wenig Wirkung gezeigt (siehe den Plan Colombia). Auch der Grenzzaun ist keine Lösung, Im Zeitalter freier Finanzströme finden auch Immigranten, Drogen oder Gangmitglieder Mittel und Wege, die nationalen Grenzen zu überwinden. Die beste Sicherheitsstrategie wäre es, die Lebensbedingungen in den lateinamerikanischen Staaten zu verbessern, so dass den Kriminellen langfristig der Nährboden entzogen wird, auf dem sie nach neuen Mitgliedern und Sympathisanten fischen. [Mehr...](#)

### **Sieben Jahre nach dem UN Global Compact: Testfall Indien**

Tatjana Chahoud et al., Corporate Social and Environmental Responsibility in India – Assessing the UN Global Compact's Role, *German Development Institute*, Studies Nr. 26, 2007

Im Jahr 2000 starteten die Vereinten Nationen den UN Global Compact (UNGC), die erste globale Initiative zur aktiven Förderung von Corporate Social

Responsibility (CSR). Mittlerweile ist der UNGC zum wichtigsten und bekanntesten CSR-Instrument auf internationaler Ebene geworden. Welchen Beitrag aber leistet er konkret für die Umsetzung von Corporate Social Responsibility in einzelnen Ländern? Dieser Frage geht eine Studie des Deutschen Instituts für Entwicklung am Beispiel Indien nach.

Der Kern des UNGC-Projekts ist der Multi-Stakeholder-Ansatz, also die Einbeziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure aus Privatwirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die empirischen Ergebnisse aber zeigen: Gerade dieser Ansatz ist in Indien stark unterentwickelt. In der indischen Wirtschaft dominieren nach wie vor selbstregulierende Mechanismen zur Etablierung von Corporate Social Responsibility, die unter anderem auf eine lange philanthropie Tradition zurückgehen. Dies zeigt sich darin, dass so gut wie kein Dialog zwischen Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft stattfindet, besonders zwischen Unternehmen einerseits und Gewerkschaften sowie NGOs andererseits. Die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteure in Indien spielen nur eine marginale Rolle innerhalb der bestehenden Netzwerke. Gleiches gilt für die beiden professionellen indischen CSR-Netzwerke, die im Anschluss an den UNGC ins Leben gerufen wurden: die Global Compact Society (GCS) und das India Partnership Forum (IPF).

Um Corporate Social Responsibility und den Einfluss des UN Global Compact in Indien zu stärken, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Die Struktur des nationalen UNGC-Netzwerks muss ausgebaut werden. Dazu sollten zunächst die GCS und das IPF zusammengelegt werden.
- Dieses zusammengelegte Netzwerk sollte sich darauf konzentrieren, den Multi-Stakeholder-Ansatz zu fördern und somit den Wissensaustausch zu stärken. Dazu müssen vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure besser eingebunden werden.
- Die zivilgesellschaftlichen Akteure und Organisationen müssen ihre Kapazitäten ausbauen, um eigenständig ihre Rolle stärken zu können.
- Das bestehende UNGC-Netzwerk sollte sich bemühen, das allgemeine Bewusstsein für die zentralen Herausforderungen im Bereich Corporate Social Responsibility zu fördern. Dies schließt regelmäßige Informationsveranstaltungen sowie die Entwicklung von praktischen Richtlinien und Instrumenten ein, die sich sowohl an spezifische Sektoren als auch besonders an mittelständische Unternehmen richten.

Der Einfluss des UN Global Compact auf das CSR-Engagement einzelner Unternehmen bzw. auf die allgemeine CSR-Agenda Indiens ist äußerst gering. Dahinter steckt vor allem mangelnde Kenntnis über die unterschiedlichen UNGC-Mechanismen und deren konkrete Vorteile. Hier ist in Zukunft eine wesentlich engere Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den nationalen CSR-Netzwerken (GCS und IPF) gefragt. [Mehr...](#)

---

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).

ATLANTISCHE INITIATIVE



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Eddie Hartmann/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)